Mitteilungsblatt des GVV Burgenland **2/2021**

NEUE GEMEINDE info

www.gvvbgld.at

70 Jahre Gemeindevertreterverband Burgenland: 70 Jahre Einsatz für die burgenländischen Gemeinden

Seite 8 - 11

Kriminalfall Commerzialbank: Landeshilfe startklar – GVV begüßt ersten Schritt um betroffenen Gemeinden zu helfen Seite 3

GVV Präsident Erich Trummer und sein Team wünschen Gesundheit und einen schönen und erholsamen Sommer!

Mindestquote bei „sauberen Fahrzeugen“: Emissionsarme und emissionsfreie Fahrzeuge werden auch in den Gemeinden zur Pflicht Seite 5

Klartext!

Stolz und dankbar für 100 Jahre Burgenland und 70 Jahre GVV

Bgm. Erich Trummer
Präsident GVV
Burgenland

Geschätzte BürgermeisterInnen und VizebürgermeisterInnen!
Liebe GemeindevertreterInnen!
Sehr geehrte Damen und Herren!

Heuer können wir mit viel Stolz und Demut 100 Jahre Burgenland, 100 Jahre Sozialdemokratie im Burgenland und 70 Jahre GVV Burgenland feiern!

Jedenfalls können wir unseren Vorgängern sehr dankbar sein, weil sie mit viel Engagement und Einsatzbereitschaft ein solides Fundament für das heute viel beachtete Burgenland errichtet haben. Von den Gemeinden ging die Schaffung von Arbeitsplätzen und der Ausbau der Infrastruktur aus. Solidarität und Chancengleichheit waren immer Kernanliegen des GVV.

Die Aufgaben des GVV haben sich in den letzten Jahren - im Einklang mit der Aufgabensteigerung in den Gemeinden – sehr dynamisch entwickelt. Wir haben deshalb als GVV auch weiterhin klare Forderungen für die Zukunft, die wir für eine erfolgreiche Entwicklung des ländlichen Raums und der Kommunen unbedingt brauchen und daher fordern wir ein Gemeindesicherungspaket. Wir vom GVV Burgenland sehen aber auch ein Gemeindereformpaket mit einer Aufgaben- und Ausgabenentlastung für unerlässlich, um den finanziellen Spielraum für die Kommunen strukturell zu sichern. Deshalb haben wir auch ein 5 Punkte Forderungspapier für ein Gemeindesicherungspaket einstimmig beschlossen und bei der Landesregierung eingebracht.

Wir wollen aber auch bei künftigen Finanzausgleichsverhandlungen mit dem Bund weiter darum kämpfen, dass „jeder Bürger gleich viel wert ist“ und die burgenländischen Gemeinden für ihre BewohnerInnen nicht rd. 1/3 weniger Bundessteuergeld bekommen als BürgerInnen, die in anderen Bundesländern oder in großen Städten leben.

Aktuell belastet vor allem die Corona-Situation die Gemeinden nach wie vor enorm. Wir fordern als GVV aufgrund des Corona-Ertragsanteilsabsturzes weiterhin, dass der Bund den Einnahmenausfall für Gemeinden zu 100 % ausgleicht.

Als GVV-Geburtstagswunsch wünsche ich mir jedenfalls, dass die Gemeinden in Zukunft jenen Stellenwert einnehmen und jene Rahmenbedingungen bekommen, die sich auch die BürgerInnen wünschen, weil dort Politik mit Hausverstand sowie mit den Menschen und für die Menschen passiert.

In diesem Sinn bedanke ich mich für die gute Zusammenarbeit und den starken Zusammenhalt und wünsche uns, dass „nicht das Erzählte reicht, sondern das Erreichte zählt.“ Schönen Sommer und erholsame Urlaubstage wünscht

Euer

Erich Trummer,
GVV Präsident

Zehn burgenländische Gemeinden sind vom Kriminalfall Commerzialbank betroffen – Loipersbach, Hirm, Baumgarten, Großhöflein, Schattendorf, Sigless, Draßburg, Forchtenstein, Krensdorf und Bad Sauerbrunn, dazu Schwarzenbach in Niederösterreich Foto: LSM

Bankenpleite: Hilfe des Landes für geschädigte Gemeinden startklar

Der burgenländische Landtag schaffte in einer Sitzung im Mai den gesetzlichen Rahmen, um den von der Commerzialbank geschädigten Gemeinden ihre Ansprüche abzukaufen. Geboten wird eine Quote von 60 bis 85 Prozent. GVV Präsident Erich Trummer begrüßt das Angebot: „Das neue Gesetz ist der erste Schritt, um den betroffenen Gemeinden, aber auch den Menschen in den geschädigten Gemeinden zu helfen!“

Jetzt gebe es den notwendigen rechtlichen Rahmen, damit die Kommunen ihre Forderungen gegenüber den staatlichen Bankenaufsichtsorganen dem Land verkaufen können, sagt Trummer.

Nach dem Auffliegen des Kriminalfalls Commerzialbank hat der Landtag, auf Initiative der SPÖ, mit den Stimmen aller Parteien außer der ÖVP, den gesetzlichen Rahmen für die geschädigten Kommunen geschaffen. Das Gesetz bietet den betroffenen Gemeinden die rechtliche Möglichkeit, ihre Forderungen gegenüber den staatlichen Bankenaufsichtsorganen dem Land zu verkaufen. Damit steht der rechtliche Rahmen, um den Gemeinden - vor allem im Bezirk Mattersburg - zu helfen. Trummer: „Die Gemeinden haben hier nichts falsch gemacht. Es wurde nicht irgendwo im fernen Ausland bei einer unbekannten Bank das Geld deponiert, sondern direkt im Land. Dieser Kriminalfall hat leider gezeigt, dass, trotz lokalem Bezug und risikoaverser Veranlagung, das Geld der Gemeinden weg sein kann. Umso erfreulicher ist es, dass es jetzt für die geschädigten Kommunen einen Lösungsvorschlag gibt.“ Der GVV selbst hat übrigens umgehend nach der Pleite der Commerzialbank Mattersburg im Präsidium des Österreichischen Gemeindebundes die Forderung eingebracht, dass zukünftig eine staatliche kommunale Einlagensicherung für Städte und Gemeinden geschaffen werden soll, die mindestens bis zu einem Betrag von 300.000. Euro greift. Dem Antrag des GVV wurde von allen Landesverbänden zugestimmt.

Ob das Angebot des Landes angenommen wird, entscheidet jede Gemeinde für sich. Trummer: „Das ist eine gute Möglichkeit und jede Gemeinde kann das autonom für sich selbst entscheiden. Hier wurde rasch und unbürokratisch gehandelt.“ Unverständlich ist Trummer die Rolle der ÖVP: „Zunächst wollte die ÖVP-Landespartei aus diesem Kriminalfall einen Politskandal konstruieren, was offenbar misslang und jetzt stellt man sich im Landtag gegen die Hilfe des Landes für die geschädigten Gemeinden und die Menschen dort. Die beiden betroffenen ÖVP-Bürgermeister werden sich ihren Teil dazu denken.“

WIR GRATULIEREN

Der GVV Burgenland wünscht alles Gute zum Geburtstag!

BGM.
Martin MITTERECKER
Pöttsching
50

BGM.
Ing. Reinhard BERGER
Mariasdorf
60

BGM.
Helmut HARETER
Breitenbrunn
60

VZBGM.
Ing. Christian ALBER
Andau
50

Info-Box

So funktioniert das Angebot:
Die Gemeinden verzichten auf einen Teil ihrer Ansprüche, übertragen aber im Gegenzug das Prozessrisiko aufs Land und bekommen einen großen Teil der verlorenen Einlagen sofort und sicher zurück. So ersparen sich die Kommunen ein jahrelanges Gerichtsverfahren dessen Ausgang ungewiss ist. Das Land hat den Bund geklagt, weil dieser seiner Aufsichtspflicht bei der Bank nicht nachgekommen ist und die Landestöchter Energie Burgenland und RMB in Summe 6,3 Millionen Euro verloren haben.

Zur Sache!

Liebe Gemeindevertreterinnen!
Liebe Gemeindevertreter!

Mag. Herbert Marhold
1. Landesgeschäftsführer

Zunächst möchte ich mich nochmals und wiederholt bei allen Verantwortlichen auf kommunaler Ebene für die bisherigen tollen Leistungen während dieser Pandemie auf Ebene der Gemeinden bedanken. Insbesondere aber bei all jenen, die in ihrer Gemeinde gemeindeeigene Teststraßen betreiben. Sie leisten damit – wie auch bereits im letzten Kommentar erwähnt - einen wesentlichen Beitrag zur Bekämpfung der Pandemie und für mehr Freiheiten der Bürgerinnen und Bürger. Diese größte wirtschaftlich und gesundheitlich Krise in den letzten Jahrzehnten hat in Österreich sicherlich viele Probleme schonungslos offengelegt. Wichtig ist nun, so schnell wie möglich daraus zu lernen, denn diese Probleme können gelöst werden. Eine Neuaufstellung in vielen Bereich wird notwendig sein, da unsere Strukturen belastbarer werden müssen. Nach mehr als einem Jahr Pandemie ist die Stimmung in unserem Land schlecht. Die Menschen sind Corona-müde und wollen ihr normales Leben zurück. Der Erwartungsdruck auf die Politik wächst damit stark an. Der Ruf nach einer Instanz, die verbindlich alles schnell und zuverlässig regelt, wird lauter. Das ist nachvollziehbar, aber nicht die Lösung.

Gerade die Gemeinden – und damit die unterste Ebene nahe am Bürger – hat bewiesen, dass sie ein wichtiger Teil der Lösungen sein kann, in dem schnell und unbürokratisch Test- und Impfstrassen aufgebaut wurden. Zentralistisch organisierte Staaten, wie zum Beispiel Frankreich, stehen nicht besser, sondern vielfach sogar deutlich schlechter da. Die Coronakrise hat allerdings auch deutliche Defizite in unserem System aufgezeigt. Bei der Digitalisierung, etwa im Gesundheitsbereich oder in den Schulen, gibt es enormen Nachholbedarf. Das erschwert die Bekämpfung einer Pandemie. Hier brauchen wir einen Modernisierungsschub, der auch kommunal voll wirksam wird. Das gilt zB auch für den Bereich des Zivilschutzes. Außer einer Pandemie sind in Zukunft auch andere Katastrophenszenarien vorstellbar, wie zum Beispiel ein weitgehend flächendeckender Black-Out, der ebenfalls wesentliche Auswirkungen auf Wirtschaft und gesellschaftliches Leben haben könnte. Auch hier brauchen wir verbesserte, belastbarere Strukturen.
Wir müssen in Zukunft lernen, wie man mit solchen Situationen umgehen und die Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen optimieren kann, um rasch und effektiv einer solchen Gefahr begegnen zu können. Jede Krise kann nur erfolgreich gemeistert werden, wenn die notwendigen Maßnahmen verständlich und nachvollziehbar den Bürgern kommuniziert werden und alle Maßnahmen von den Bürgern verstanden und mitgetragen werden. Reine Show- und Ankündigungspolitik allein wird auch in Zukunft nicht reichen.

Mit freundlichen Grüßen

Mag. Herbert Marhold
1. Landesgeschäftsführer

Emissionen: Saubere Fahrzeuge werden auch in den Gemeinden zur Pflicht

Bund, Länder, Kommunen und staatsnahe Unternehmen müssen künftig bestimmte Mindestquoten bei umweltschonenden Kraftfahrzeugen einhalten. Um die Umweltziele zu erreichen, müssen öffentliche Auftraggeber bei der Anschaffung in Zukunft einen Mindestanteil an „sauberen" Fahrzeugen in ihrem Fuhrpark aufweisen.

Als „sauber" gelten nicht nur emissionsfreie, sondern auch emissionsarme Fahrzeuge. Unterschieden wird zwischen Bussen, Pkws und Lkws. „Saubere" Fahrzeuge dürfen bestimmte maximale Auspuffemissionen und Schadstoffwerte nicht überschreiten. Bei Bussen oder Lkws kommen, laut Entwurf, von vornherein nur alternative Kraftstoffe wie Elektro, Wasserstoff oder Biogas infrage.

Künftig werden immer mehr E-Tankstellen das Straßenbild in den Städten und Gemeinden prägen Foto: GVV Burgenland

Kauf und Nachrüstung umfasst

Vom Gesetz umfasst sind nicht nur der Kauf, sondern auch die Nachrüstung von Fahrzeugen ab einem Gesamtauftragswert von über 214.000 Euro. Bestimmte Fahrzeugtypen sind jedoch ausdrücklich von der Neuregelung ausgenommen – etwa Einsatzfahrzeuge des Bundesheeres, der Polizei und Krankenwagen. Das neue Straßenfahrzeug-Beschaffungsgesetz soll allein im Bussektor eine Emissionsersparnis von 180.000 Tonnen Kohlendioxid pro Jahr bringen und schon im August 2021 in Kraft treten. Betroffen sind nicht nur Bund und Länder, sondern auch die Städte und Gemeinden als öffentliche Auftraggeber gemäß Bundesvergabegesetz.

Der Anwendungsbereich wird für die Städte und Gemeinden zwar dadurch eingeschränkt, dass dieses Bundesgesetz ausschließlich Vergaben im Oberschwellenbereich erfasst. Dennoch ist mit Mehrkosten durch dieses Gesetz österreichweit für die Gemeinden im Ausmaß von rund 18 Mio. Euro jährlich zu rechnen, so eine Stellungnahme des Österreichischen Gemeindebundes. Diese Summe ergibt sich schlicht aus dem Umstand, dass die Anschaffungskosten für ein sauberes Straßenfahrzeug jene eines vergleichbaren „nicht-sauberen" Straßenfahrzeuges übersteigen, wobei die konkreten Mehrkosten vom Fahrzeugtyp sowie der einzusetzenden „sauberen" Technologie abhängen. Erfreulich ist, dass der Entwurf hinsichtlich der Vorgaben kein „Gold-Plating" beinhaltet. Das bedeutet, es wurden im nationalen Gesetz keine EU Vorgaben übererfüllt. Massiv abgelehnt werden von den Gemeindevertretern die Regelungen über Geldstrafen und Geldbußen bei Nicht-Einhaltung der Vorgaben, sowie die geplanten Berichts- und Dokumentationspflichten. Gefordert wird bei der Umstellung auch eine bessere und höhere Förderung des Bundes bei der Anschaffung und beim Umstellungsprozess.

Erreicht nämlich ein öffentlicher Auftraggeber die Ziele nicht, hat die Bezirkshauptmannschaft oder der Magistrat eine „wirksame, angemessene und abschreckende Geldbuße" zu verhängen. Fallbezogen gelten unterschiedliche Höchstgrenzen. Im Busbereich gilt etwa eine maximale Strafe von 225.000 Euro. Für besonders nachlässige Auftraggeber sieht das Gesetz verschärfte Maßnahmen vor. Bei nachweislichem „Nichtbemühen" werden bis zu 450.000 Euro fällig.

Quoten steigen kontinuierlich

Die Quoten, die von den öffentlichen Auftraggebern erfüllt werden müssen, werden außerdem kontinuierlich gesteigert. Dafür sieht die EU-Richtlinie zwei Bezugszeiträume vor. Bis 2025 müssen im Bereich der Pkws etwa 38,5 Prozent der gekauften Autos als „sauber" gelten. Bei Lkws liegt die Quote zunächst bei zehn Prozent, bei Bussen bei 45 Prozent. In einem zweiten Bezugszeitraum von 2026 bis 2030 werden die Anteile erhöht. Es ist aber laut Gesetzesentwurf möglich, dass sogenannte Erfassungsgemeinschaften gegründet werden. Demnach können sich zumindest zwei, aber auch beliebig viele Auftraggeber zusammenschließen, um die Quote gemeinsam zu erfüllen. Damit wird es auch möglich, dass einer von zwei Auftraggebern gar keine sauberen Fahrzeuge verwendet, der andere die Quote aber übererfüllt und die Anteile gegenseitig ausgeglichen werden.

Nicht umfasst vom neuen Gesetz sind Vergabeverfahren, die vor dem 2. August 2021 eingeleitet werden. Oft schließen Auftraggeber längerfristige Rahmenvereinbarungen ab. Rechtsträger können auf Grundlage einer solchen Vereinbarung über mehrere Jahre hinweg zu einem bestimmten Preis einkaufen. Wenn also noch vor August 2021 Vergabeverfahren zum Abschluss einer solchen Rahmenvereinbarung eingeleitet werden, könnten öffentliche Auftraggeber vier weitere Jahre wie bisher beschaffen, ohne auf die Quote achten zu müssen.

Öffentliche Aufträge für regionale Firmen

Regionale Unternehmen sind das Herzstück für lebendige Regionen. Wohlstand und Lebensqualität sind hierbei untrennbar mit der regionalen Wirtschaft verbunden. Öffentliche Aufträge für die regionale Wirtschaft bringen einen Mehrwert für alle und sichern Wertschöpfung und Arbeitsplätze in der Region.

Um regionale Unternehmer bei öffentlichen Auftragsvergaben (Bund, Länder und Gemeinden) im Einklang mit dem Bundesvergabegesetz bevorzugt einzubinden sind folgende Vorgaben zu beachten:

Auftragsvergabe bis 100.000 Euro

Aufträge bis zu einem geschätzten Auftragswert von Euro 100.000 netto können direkt an ein (regionales) Unternehmen vergeben werden. Der GVV empfiehlt aber auch hier mindestens drei Unternehmer zur Angebotsabgabe einzuladen.

Auftragsvergabe bis 1 Million Euro im Baubereich

Im Baubereich ist es darüber hinaus möglich, durch Einladung von drei Unternehmen ein Projekt mit einem geschätzten Auftragswert unter 1 Million Euro in einem nicht offenen Verfahren abzuwickeln.

Auftragsvergabe im Oberschwellenbereich

Auch bei Auftragsvergaben im Oberschwellenbereich (Auftragsvergaben im Baubereich über 5,35 Millionen Euro, Auftragsvergaben im Liefer- und Dienstleistungsbereich über 214.000 Euro) gibt es gesetzlich zulässige Wege, regionale Bieter anzusprechen.
Im Baubereich dürfen etwa unter gewissen Bedingungen Kleinlose gebildet werden, die nach den Bestimmungen des Unterschwellenbereichs vergeben werden können. Diese Kleinlose dürfen so lange gebildet werden, bis die 20 Prozent-Marke des Gesamtauftragswertes des Vorhabens nicht überschritten werden. Zusätzlich muss jedes Kleinlos unter einer Grenze von 1 Million Euro liegen.
Die Wirtschaftakammer hat einen Ratgeber zur Regionalvergabe mit Praxisbeispielen für die Abwicklung von Verfahren entwickelt: http://ratgeber.wko.at/vergabe.

Gemeinsam das Burgenland gestärkt aus der Krise führen: Der GVV war zu Gast bei der Klausur des SPÖ-Klubs in Stegersbach. Eines der zentralen Themen war die Vorbereitung auf die Bürgermeister- und Gemeinderatswahl 2022 Foto: GVV Burgenland

SPÖ-Klubklausur: GVV präsentiert Vorbereitungen zur GR-Wahl 2022

Unter strengen COVID-19 Sicherheitsvorkehrungen fand Ende Mai eine zweitägige Klausur des SPÖ-Landtagsklubs in Stegersbach statt. Das gemeinsame Ziel für das Burgenland: „#stärkerdennje“ aus der Krise kommen.

Das Burgenland sei auf einem sehr guten Weg und das Ziel klar, hält Klubobmann Robert Hergovich fest: „Wir wollen stärker denn je aus der Krise herauskommen. Die öffentliche Hand ist gefordert, mit Impulsen für Anschub zu sorgen, bis sich die Wirtschaft und der Arbeitsmarkt wieder erholen und das tun wir mit vereinter Stärke, wie beispielsweise mit unserem Kraftpaket.“ Auch bei der Landtagsarbeit herrsche deshalb ein hohes Tempo. 29 Gesetze wurden im letzten halben Jahr beschlossen, weitere 13 sollen bis Ende des Jahres folgen. „Das sind doppelt so viele Gesetze, wie in einem durchschnittlichen Landtagsjahr, auch im Landtag stemmen wir uns mit voller Kraft gegen die Auswirkungen der Krise“, so der Klubobmann, der als Beispiele die Landtagswahlordnung, die Gemeinderatswahlordnung – unter Einbeziehung der Gemeindevertreter – oder das Landwirtschaftskammergesetz anführte. Mit dem 600 Mio. Euro Kraftpaket habe die Landesregierung, gemeinsam mit den landesnahen Betrieben, ein Bündel an Maßnahmen geschnürt, dass das Burgenland stärker denn je aus dieser Krise führen soll. „Ich bin absolut überzeugt davon, dass es der burgenländischen Mentalität entspricht, die Ärmel hoch zu krempeln und den Blick nach vorne zu richten. Das wollen wir mit gezielten Impulsen unterstützen. Das dafür geschnürte Kraftpaket ist kein starres Konstrukt, sondern wächst ständig“, so der Klubobmann.

Gerüstet für die GR-Wahl 2022

Auch der GVV Burgenland war eingeladen. Einerseits, weil es um viele Gesetzesvorhaben geht, bei denen auch die Gemeindevertreter eingebunden werden sollen und anderseits, um über den Vorbereitungsstand auf die Bürgermeister- und Gemeinderatswahl 2022 zu berichten. Mit Patrick Hafner wurde ja eigens ein zweiter Landesgeschäftsführer im GVV installiert, der sich ausschließlich um die vor Ort Servicierung der Gemeinden kümmert und das Ohr nahe an den Problemen der KommunalmandatarInnen hat. Präsident Trummer präsentierte außerdem noch die finanzielle Situation der Kommunen im Rahmen der Klausur.

GVV Österreich unterstützt „Aktion 40.000“

Ende März fand die Bundesvorstandssitzung des GVV Österreich statt. Aufgrund der COVID-19 Pandemie konnte die Sitzung nur online abgehalten werden. Auf der Tagesordnung stand neben statutarischen Notwendigkeiten die Aktion 40.000 der SPÖ um Langzeitsarbeitslosen in Österreich über die Gemeinden zu helfen.

Die coronabedingte Normalität: per Online-Sitzungen besprachen Mitglieds-Vertreter des GVV Österreich gemeinsame Aktivitäten Foto: GVV Burgenland

Berichtet wurde auch über die Gemeinderatswahl in Kärnten, bei der die SPÖ stärkste Partei landesweit in den Kommunen blieb. Dennoch ging die Landeshauptstadt Klagenfurt verloren und damit verlor auch der GVV Österreich seine Bundesvorsitzende Dr. Maria-Luise Mathiaschitz. Derzeit wird daher der GVV Österreich mit der Solospitze Rupert Dworak aus Ternitz in Niederösterreich geführt. Designiert wurde der Bürgermeister von Trumau, NR Andreas Kollross. Weitere Themen waren die Entwicklungen der Bundespolitik, die Finanzen der Gemeinden sowie die Impf- und Teststrassen in den Städten und Gemeinden. Auch Thema Form und Zeitpunkt des SPÖ Bundesparteitages war Thema. Im GVV Burgenland sind SPÖ VertreterInnen des Städtebundes sowie des Gemeindebundes und der jeweiligen Landes-GVVs vertreten. Für den GVV Burgenland nahmen GVV Präsident Erich Trummer, GVV Vizepräsidentin Inge Posch-Gruska sowie die beiden Geschäftsführer Herbert Marhold und Patrick Hafner teil.

Obmänner/Präsidenten des GVV Burgenland

Friedrich Robak, 1. Obmann des GVV, von 1951 bis 1976

Franz Resch führte den GVV von 1976 bis 1993

1993 wurde der spätere Landtagspräsident Walter Prior zum Präsidenten gewählt und behielt diese Funktion bis 2001

2001 löste Ernst Schmid Walter Prior als Präsident des GVV Burgenland ab und leitete die Geschicke des GVV bis Feber 2013

Seit Feber 2013 setzt sich Bürgermeister Erich Trummer aus der Position des GVV Präsident für die burgenländischen Kommunen und den ländlichen Raum ein

„70 Jahre GVV Burgenland -

Seit seiner Gründung am 2. Juni 1951 setzt sich der GVV Burgenland für die Aufwertung und die finanzielle Absicherung des ländlichen Raums ein. Dieses Ziel ist jahrzehntelanger Antriebsmotor für den GVV Burgenland. Auf den Tag genau 70 Jahre nach der Gründung des GVV Burgenland fand im Weiden am See am 2. Juni 2021 eine Präsidiumssitzung aller Landesverbände des Gemeindebundes statt. Im Vorfeld der Sitzung gratulierten die Präsidiumsmitglieder dem GVV Burgenland – coronabedingt im Kreis der Sitzungsteilnehmerinnen und -teilnehmer – zum Jubiläum. Die Feierlichkeiten zum Jubiläum werden nachgeholt, sobald die Corona-Regeln Feiern in größerem Rahmen zulassen. Angedacht ist, dies im dritten oder vierten Quartal gemeinsam mit der Landes-SPÖ – sie wird 100 Jahre – zu machen. Im Anschluss an die Präsidiumssitzung informierten GVV Burgenland-Präsident Erich Trummer und das Präsidium des Österreichischen Gemeindebundes über aktuelle kommunalpolitische Themen.

GVV maßgeblich am Aufbau des Burgenlandes beteiligt

Der GVV war maßgeblich am Aufbau des Burgenlandes beteiligt. Von den Gemeinden ging die Schaffung von Arbeitsplätzen und der Ausbau der Infrastruktur aus. Solidarität und Chancengleichheit waren immer Kernanliegen des Gemeindevertreterverbandes. Am Abbau der Disparitäten zwischen dem Nord- und dem Südburgenland konnte der Gemeindevertreterverband als gemeinsame Dachorganisation der sozialdemokratischen Gemeinden mitwirken.
Mitglieder des GVV sind alle SPÖ-Gemeinderatsmandatar/innen in allen burgenländischen Gemeinden. Und der GVV vertritt, gemeinsam mit dem Burgenländischen Gemeindebund und dem Städtebund Landesgruppe Burgenland, die Interessen der Kommunen des Burgenlandes gegenüber Land und Bund. Seit dem Jahr 2013 führt Präsident Erich Trummer, Bürgermeister von Neutal, den Verband an: „Der Einsatz des GVV Burgenland gilt seit unserer Gründung der Weiterentwicklung der burgenländischen Gemeinden und dem Abbau von Disparitäten zwischen finanzstarken und finanzschwächeren Kommunen. Wir setzen uns aber vor allem für die Stärkung, Aufwertung und finanzielle Absicherung des ländlichen Raums ein. Das ist uns gemeinsam mit dem Österreichischen Gemeindebund bei den Verhandlungen zum Strukturfonds beim letzten FAG gut gelungen. Aktuell profitieren 119 von 171 burgenländischen Gemeinden von zusätzlichen Strukturfondsmittel aus dem zweiten Gemeindepaket in Höhe von 10,4 Millionen Euro, was einem Anteil von 10,4 Prozent der gesamten Mittel aus dem Strukturfonds entspricht."

Gründung am 2. Juni 1951

Der Verband sozialdemokratischer Gemeindevertreter (GVV) wurde am 2. Juni 1951 in Neufeld an der Leitha gegründet. Erster Obmann des Verbandes war Bürgermeister Friedrich Robak aus Steinbrunn.
Seit der Gründung des Verbandes gab es 23

† Tiefe Betroffenheit über Ableben Walter Priors

Am 13. April 2021 verstarb der ehemalige GVV Präsident, langjährige Landtagspräsident und frühere Bürgermeister von Siegendorf, Walter Prior, nach langer schwerer Krankheit im 75. Lebensjahr. Die gesamte GVV Führungsspitze zeigt sich tief betroffen vom Ableben Priors. Mit Walter Prior verliert das Burgenland eine große Persönlichkeit und einen ausgezeichneten Politiker. Walter Prior war ein großer Burgenländer, ein Kommunalpolitiker, der stets mit Umsicht handelte und vor allem für das Miteinander stand. Er war im besten Sinne ein „Politiker der alten Schule" mit Handschlagqualität. Walter Prior war eine prägende Persönlichkeit, den sein großer Einsatz für sein Heimatbundesland und vor allem für die Gemeinden des Landes ausgezeichnet hat. Er war Wegbereiter des modernen Burgenlandes, war ein begnadeter Netzwerker und hat weit über Partei- und Landesgrenzen hinaus höchste Anerkennung genossen.

70 Jahre Einsatz für die Gemeinden“

Im Vorfeld der Präsidiumssitzung wurde dem GVV Burgenland zu seinem 70. Geburtstag gratuliert Foto: GVV Burgenland

Ordentliche Landeskonferenzen. Auf Friedrich Robak, der von 1951 bis 1976 Obmann des Verbandes war, folgte von 1976 bis 1993 Franz Resch aus Neutal. 1993 wurde Landtagspräsident a.D. Walter Prior aus Siegendorf zum Präsidenten gewählt. Bei der Landeskonferenz 2001 in Oslip übergab Walter Prior das Zepter an Ernst Schmid aus Oggau. Im Februar 2013 folgte dann Bgm. Erich Trummer als Präsident. Auf der Landeskonferenz im Februar 2013 wurde auch das neue, moderne Verbandsstatut beschlossen inklusive der neuen Namensgebung „GVV Burgenland“.
Zu den Hauptaufgaben des GVV zählen die Erteilung von Rechtsauskünfte für die Gemeinden, die Bereitstellung von Serviceleistungen, die Vertretung der Interessen der burgenländischen Gemeinden im Österreichischen Gemeindebund und im GVV Österreich, die Organisation von Schulungen, die Vertretung der Gemeindeinteressen gegenüber Bund und Land sowie die Aufarbeitung und Weiterleitung von gemeinderelevanten Informationen und Hilfestellung bei Vorbereitung auf die Gemeinderatswahlen.

WLV Nördliches Burgenland und Burgenländischer Müllverband

Ein Meilenstein in der 70-jährigen Geschichte des GVV war die Mitwirkung an der Gründung des Wasserleitungsverbandes Nördliches Burgenland (WLV NB) als Gemeindeverband. Nach dem Kriegsende war die Situation der Wasserversorgung im Burgenland prekär. Nur etwas mehr als 6 Prozent der Haushalte waren an eine öffentliche Wasserversorgung angeschlossen. Kurz nach Gründung des GVV setzten sich die Gemeindevertreter für die Gründung eines gemeinsamen Verbandes mit 48 Gemeinden im nördlichen Burgenland ein, der schließlich 1956 aus der Taufe gehoben wurde. Mittlerweile sind 68 Gemeinden Mitglied des Wasserleitungsverbandes NB.
Ein zweiter Meilenstein unter Mitwirkung des GVV war der Zusammenschluss aller Gemeinden des Burgenlandes zu einem landesweiten Abfallverband im Jahr 1980. Die Gründung des Burgenländischen Müllverbandes brachte landesweit ein einheitliches Sammel- und Verwertungssystem. „Diese beiden Meilensteine zeigen deutlich, wie wichtig Kooperation über Gemeindegrenzen und politische Grenzen hinweg für unser Land war und ist. Der GVV hatte daran wesentlich Anteil,“ betont GVV-Präsident Bürgermeister Erich Trummer.

Finanzielle Absicherung der Gemeinden ist oberstes Ziel

Der GVV Burgenland ist gemeinsam mit dem Burgenländischen Gemeindebund Mitglied des Österreichischen Gemeindebundes. Der GVV war maßgeblich an der Installierung des Strukturfonds bei den letzten FAG Verhandlungen beteiligt und hat sich für diesen innerhalb des Österreichischen Gemeindebundes stark gemacht. Der inhaltliche Schwerpunkt der Arbeit des GVV liegt demnach auch bei der finanziellen Absicherung der Gemeinden.

Den ländlichen Raum stärken

Für die Zukunft geht es dem GVV um die Weiterentwicklung und Stärkung des ländlichen Raums. „Ob Glasfaserausbau, Stärkung der Nahversorgung, die Gesundheitsversorgung am Land, die Zukunft der Pflege und aktuell die Auswirkungen der Corona-Pandemie: Überall zeigt sich, dass nichts ohne die Gemeinden geht. Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister gestalten seit jeher gemeinsam mit ihren Bürgerinnen und Bürgern das gemeinsame Lebensumfeld. Unsere Aufgabe als Interessensvertreter ist es, in Verhandlungen mit Bund und Ländern sicherzustellen, dass die Gemeinden die notwendigen Rahmenbedingungen vorfinden“, betont GVV-Präsident Erich Trummer.
Deshalb hat der GVV auch klare Forderungen für die Zukunft, um eine erfolgreiche Entwicklung und finanzielle Absicherung des ländlichen Raums und der Kommunen zu gewährleisten, nämlich ein Gemeindesicherungspaket mit folgenden Inhalten:

Maßnahmen zur Weiterentwicklung und Stärkung des ländlichen Raumes wurden bei der Präsidumssitzung aller Landesverbände besprochen
Foto: GVV Burgenland

1. Im neuen FAG muss verankert werden, dass „jede/r Bürger/in gleich viel wert ist" und die burgenländischen Gemeinden pro Einwohner/in nicht um rd. 1/3 weniger Bundessteuergeld bekommen als Einwohner/innen in anderen BL oder in großen Städten.
2. Der corona-bedingte Absturz der Ertragsanteile der Gemeinden muss seitens des Bundes zu 100 % ausgeglichen werden Das sind für das Bgld aktuell zumindest 73 Millionen Euro frisches Geld ohne Auflagen oder 250 Euro pro EW. Die vom Bund zugesagten Gemeindepakete I + II sind dafür bei weitem nicht ausreichen.
3. Weitreichende Strukturveränderungen und Reformprozesse auf allen Ebenen. Dazu gehört in diesem Paket ein Bürokratieabbau auf allen Ebenen, effizientere Verwaltungsstrukturen und ein Anschub bei der Digitalisierung, vor allem in Kommunen in peripheren Gebieten.

Der GVV Burgenland hält ein Gemeindesicherungs- und Gemeindereformpaket mit einer Aufgaben- und Ausgabenentlastung für unerlässlich, um den finanziellen Spielraum für die Kommunen strukturell langfristig zu abzusichern.
Der Österreichische Gemeindebund hat die Verlängerung des aktuellen Finanzausgleichs um zwei Jahre gefordert, damit weiter Klarheit für die Gemeinden herrscht.

Pandemie: Gemeinden als Krisenmanager

„Die Corona-Pandemie hat die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in allen österreichischen Gemeinden vor allem als Krisenmanager gefordert wie noch nie. Ich danke allen Mandataren in allen burgenländischen Gemeinden, die rund um die Uhr für ihre Bürger da sind, gerade wenn in der Krise schnelle und pragmatische Entscheidungen gefragt sind. Ich denke da etwa an die Organisation von Teststraßen oder die schnelle Information der Bevölkerung über die Maßnahmen im Lockdown. Nicht umsonst zeigen Umfragen, dass das Vertrauen in die Bürgermeister gerade in den ländlichen Regionen am höchsten ist. Zwei Drittel der Bürger am Land vertrauen ihren Bürgermeistern, weil sie tagtäglich sehen, was wir für sie tun," betont Gemeindebund-Präsident Bürgermeister Alfred Riedl. Aus dieser Stärke in den Kommunen speist sich auch die gemeinsame Kraft auf Bundesebene. „Besonders in der Krise haben die Gemeinden ihre Rolle als Partner des Bundes weiter ausbauen können, weil alle rasch erkannt haben: Ohne Gemeinden ist auch die Krise nicht zu meistern", ergänzt Riedl.

GVV Burgenland ist starker Partner im Österreichischen Gemeindebund

Auch die beiden Vizepräsidenten des Österreichischen Gemeindebundes Bürgermeister Rupert Dworak, auch Präsident des österreichischen und niederösterreichischen SPÖ-GVV, und Landtagsabgeordneter Hans Hingsamer, der auch Präsident des Oberösterreichischen Gemeindebundes ist, gratulierten zum 70-Jahr-Jubiläum. „Die partnerschaftliche Zusammenarbeit über alle Bundesländer- und Parteigrenzen hinweg ist die Basis der Stärke des Österreichischen Gemeindebundes. Ob bei Verhandlungen zu den Gemeindefinanzen, den Diskussionen um den Finanzausgleich, die Finanzierung des Breitbandausbaus oder die Reform der Pflege: wenn es um die Gemeinden geht, ziehen wir alle an einem Strang", so die beiden Vizepräsidenten.

GB Präsident Bgm. Mag. Alfred Riedl mit GB Vizepräsident LAbg. Bgm. Rupert Dworak, GVV Präsident Bgm. Erich Trummer und GB Vizepräsident LAbg. Bgm. Hans Hingsamer bei der Pressekonferenz
Foto: GVV Burgenland

Ziele und Leistungen des GVV

In keinem anderen Bundesland profitieren Gemeinden und Städte von einem so guten Verteilungsschlüssel bei gemeinschaftlichen Aufgaben wie im Burgenland. Bei der Finanzierung gemeinsamer Aufgaben beträgt der Verteilungsschlüssel zwischen Land und Gemeinden im Burgenland 74 zu 26 Prozent. Bei der Gesamtumlagebelastung der Gemeinden in den Bereichen Landes-, Sozialhilfe- und Spitalsumlage hat das Burgenland den niedrigsten Wert aller Bundesländer.
Der GVV Burgenland bleibt weiter verlässlicher Partner des Landes.

Die Ziele sind:

- Gerechter FAG – „Jeder Bürger muss gleich viel Wert sein“
- bei gemeinschaftlichen Aufgaben mit dem Land, den fairen Kostenverteilungsschlüssel fortsetzen
- Mehrkosten durch die Abschaffung des Pflegeregresses finanziell zur Gänze durch den Bund abdecken
- Besteuerung von Gemeindekooperationen abschaffen
- Rahmenbedingungen für den Bürokratieabbau in den Gemeinden auf allen Ebene schaffen und forcieren
- Masterplan für den ländlichen Raum
- Selbstverwaltung der Gemeinden weiter ausbauen
- Mehr Geld für öffentliche Investitionen im ländlichen Raum

In den letzten Jahren erreicht:
Mitarbeit bei Gesetzesvorhaben

- Vorbereitung auf FAG Verhandlungen mit Motto „Jeder Bürger ist gleich viel wert!“
- Reform der Feuerbeschau
- Gemeindesanitätsgesetz neu
- Pflichtschulgesetz
- Kanalgesetze neu
- Abänderungen Raumplanungsgesetz neu 2020
- Besoldungsreform: Dienstrecht Gemeindebedienstete
- Besoldungsreform: Dienstrecht KindergartenpädagogInnen
- FAG 2016 – Intensive Mitarbeit des GVV auf Ebene des Gemeindebundes Österreich und mit dem Land
- Dauerhafte Implementierung des Strukturfons als Teil des FAG, damit dauerhaft mehr Geld aus dem FAG für 119 burgenländische Gemeinden
- „Bürgermeisterpaket“ – Neue Gemeindeordnung, neue Gemeindewahlordnung, neues Gemeindebezügegesetz

Darüber hinaus hat der GVV sein Serviceangebot (Broschüren und Leitfäden) stetig ausgebaut und bietet laufend Schulungen und diverse Veranstaltungen an und setzt zahlreiche weitere Aktivitäten zum Beispiel im Rahmen von Partnerschaften, Initiativen oder Wettbewerben.

www.gvvbgld.at
office@gvvbgld.at
www.facebook.com/gvvburgenland

UNSER GVV-BURGENLAND-TEAM...

BGM. ERICH TRUMMER
Präsident

» Repräsentant, Politische Führung

E erich.trummer@gvvbgld.at
M 0664/46 05 319

MAG. HERBERT MARHOLD
1. Landesgeschäftsführer

» Finanzen, Rechtliches, Büroleitung

E herbert.marhold@gvvbgld.at
M 02682/775 254

PATRICK HAFNER, MA
2. Landesgeschäftsführer

» Politische Beratung, Fraktionsarbeit, Schulungen

E patrick.hafner@gvvbgld.at
M 0664/87 89 720

SUSANNE SCHACHINGER
Assistenz der Geschäftsleitung

» Büroorganisation, Webshop, Administration, Terminverwaltung

E susanne.schachinger@gvvbgld.at
M 02682/775 255

...IST FÜR SIE DA!

GVV – DER GEMEINDEVERBAND www.gvvbgld.at

Wechsel an der Spitze der SPÖ Siegendorf

Es gibt einen Wechsel an der Spitze der SPÖ Siegendorf (Bezirk Eisenstadt-Umgebung). Die Landtagsabgeordnete Rita Stenger wurde bei der Klausur der Ortspartei am Samstag einstimmig zur geschäftsführenden Vorsitzenden vorgeschlagen.
Die endgültige Bestellung mit Wahl wird bei der nächsten Mitgliederversammlung der SPÖ Siegendorf erfolgen. „Ich freue mich und bin über das in mich gesetzte Vertrauen sehr glücklich. Es ist schön, Vorsitzende dieser selbstbewussten und starken Ortspartei zu werden“, sagte Stenger. Die 45-jährige Rita Stenger ist Direktorin der Mittelschule. SPÖ-Bürgermeister Rainer Porics bei den Bürgermeister und Gemeinderatswahlen im Herbst 2022 nicht mehr kandidieren. Der 51-Jährige ist seit 30 Jahren im Gemeinderat und stellvertretender Direktor der Arbeiterkammer Burgenland. Porics ist seit 2011 Bürgermeister in Siegendorf. Stenger wird auch als Bürgermeisterin nachfolgen. Siegendorf hat derzeit rund 3.000 Einwohner. Im Gemeinderat hat die SPÖ 18 Mandate, die ÖVP vier Mandate und es gibt ein unabhängiges Mandat.

LH Hans Peter Doskozil mit Vizebgm. Walter Zloklikovits Foto: SPÖ Heugraben

Zloklikovits kandidiert bei Bürgermeisterwahl

Nach dem Rücktritt von Bgm. Mario Faustner muss in Heugraben der Bürgermeister neu gewählt werden. Die Landesregierung hat den Wahltermin mit 5. September 2021 fixiert. Vizebürgermeister Walter Zloklikovits hat seine Kanditaur angekündigt. Bis zur Wahl im September möchte Zloklikovits bereits angedachte Projekte umsetzen. Dafür sollen alle Gemeinderatsmitglieder eingebunden und, wie in Heugraben Praxis, auf parteiübergreifende Zusammenarbeit gesetzt werden. Zloklikovits kündigt einen kurzen und vor allem sparsamen Wahlkampf an und setzt auf persönliche Gespräche.

Thomas Rosner, PEB (Projektleitung Nord), Vize-Bgm. Thomas Halbritter, Bildungslandesrätin Daniela Winkler, Bürgermeisterin LAbg. Elisabeth Böhm, Infrastrukturlandesrat Heinrich Dorner, sowie die Architekten Heidi Hillerbrand und Herbert Halbritter nahmen den Spatenstich für einen neuen Kindergarten in der Stadtgemeinde Neusiedl am See vor (von links)
Foto: LMS Burgenland

Spatenstich für einen neuen Kindergarten in Neusiedl am See

In Neusiedl am See wird auf einem 5.000 Quadratmeter großen Grundstück ein neuer Kindergarten gebaut.

Geplant ist das neue Gebäude für zwei Kinderkrippen und vier Kindergruppen. Bei zweigeschoßiger Bauweise sind ein Bewegungsraum, ein Sozial- sowie ein Therapieraum, eine Küche und diverse Nebenräume vorgesehen. Baubeginn ist im August 2021, Baufertigstellung im August 2022. Die Herstellungskosten werden mit ca. 3,3 Millionen Euro beziffert. Der Neubau wird im Rahmen der „Projektenwicklung Burgenland“ umgesetzt. Dazu wurde vom Land die „Projektentwicklung Burgenland GmbH“ (PEB) eine neue Landesgesellschaft gegründet. Diese unterstützt die Gemeinden, aber auch Unternehmen der Landesholding und öffentliche Einrichtungen bei ihren Bauprojekten organisatorisch, planerisch sowie bei der Finanzierung.
Der Spatenstich zum Bau des Kindergartens nahmen Infrastrukturlandesrat Heinrich Dorner, Bildungslandesrätin Daniela Winkler, Bürgermeisterin LAbg. Elisabeth Böhm, Vize-Bgm. Thomas Halbritter, Thomas Rosner, PEB (Projektleitung Nord), sowie die Architekten Heidi Hillerbrand und Herbert Halbritter am 27. Mai vor.

Innovativer Betrieb: *Wirtschaftslandesrat Leonhard Schneemann besuchte die Truck Center Süd GmbH* in Unterkohlstätten. Mit der Entwicklung eines Prototyps einer mobilen Biomasseaufbereitungsanlage für die Erzeugung von hochwertigem Kompost hat sich die Firma eine weitere Tür zum Weltmarkt geöffnet.
Im Bild: Ing. Josef Heissenberger, TCS, LR Dr. Leonhard Schneemann, Ing. Harald Blochberger, TCS, Bgm. Christian Pinzker, Martin Gahleitner, TCS

Offene Jugendarbeit: Oberwart und Pinkafeld starten Pilotprojekt

Pinkafeld und Oberwart haben ein gemeindeübergreifendes Pilotprojekt zur offenen Jugendarbeit initiiert. Das Land Burgenland ermöglicht den Gemeinden mit neuen Förderrichtlinien eine bessere Unterstützung in diesem Bereich.

Die offene Jugendarbeit begleitet und fördert Jugendliche auf ihrem Weg in die erwachsene Selbstständigkeit. Ein gemeinsames Team von ausgebildeten Sozialarbeitern aus beiden Gemeinden und dem SOS-Kinderdorf Pinkafeld wird voraussichtlich ab September die Arbeit aufnehmen. Den Jugendlichen soll vor Ort Unterstützung angeboten werden, dabei soll auch die Identifikation mit der eigenen Gemeinde verstärkt werden. Die Gemeinden definieren die Ziele und stellen entsprechende Mittel bzw. Infrastruktur zur Verfügung. Durch die Zusammenarbeit sollen Synergien genützt werden und Jugendliche nicht an den Gemeindegrenzen verloren gehen. Ziel ist, die Jugendarbeit in den Regionen flächendeckend zu verankern und die Gemeinden verstärkt mit ins Boot zu holen. „Das Land Burgenland unterstützt Gemeinden bei der Erfüllung dieser Aufgabe und fördert Personalkosten für offene Jugendarbeit durch verbesserte Förderrichtlinien. Pinkafeld und Oberwart haben auf den Bedarf nach offener Jugendarbeit reagiert und ein gemeindeübergreifendes Pilotprojekt gestartet“, so Jugendlandesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler bei der Vorstellung des Pilotprojektes in Pinkafeld.

Bürgermeister Mag. Kurt Maczek, Jugend-Gemeinderat Stefan Rath (Oberwart), Jugend-Gemeinderat Adrian Kubat (Pinkafeld) und Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler bei der Präsentation des gemeindeübergreifenden Pilotprojektes zur offenen Jugendarbeit
Foto: LMS Burgenland

Erwin Czerwenka ist neuer neuer geschäftsführender Vorsitzender der SPÖ Parndorf
Foto: SPÖ Parndorf

Vorsitzwechsel bei der SPÖ Parndorf

Erwin Czerwenka, 50 Jahre, von Beruf Lokführer und Fahrtrainer bei den ÖBB, wurde im Zuge einer Klausur der SPÖ Parndorf als geschäftsführender Ortsparteivorsitzender eingesetzt. Gemeinsam mit Norbert Samwald wir er künftig die Geschicke der Ortspartei leiten. Dabei hat er viel vor. Mit dem bereits bestehenden Team will er die Sozialdemokratie in seiner Heimatgemeinde wieder breiter aufstellen und für die Parndorfer Bürgerinnen und Bürger arbeiten. „Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind für mich keine Schlagwörter, sondern eine Einstellung, die ich zu leben versuche“, so Czerwenka. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten sei es wichtig, eine starke soziale Vertretung in der Gemeinde zu haben, die auf die sozialen Errungenschaften achtet.

LH-Stv.in Mag.a Astrid Eisenkopf mit Bürgermeister Thomas Hauser (rechts) und dem Bio-Wirt Gottfried Loibl (2. v. r.) und seiner Tochter Naemi (Mitte) setzten sich gemeinsam für die Biowende ein. Foto: LMS Burgenland/Fenz

Bio-Wende: Piringsdorf geht mit gutem Beispiel voran: *Bis Ende 2021 müssen mindestens die Hälfte der Mahlzeiten, die in Schulen und Kindergärten angeboten werden, bio sein. Die Gemeinde Piringsdorf geht mit gutem Beispiel voran und erfüllt bei der Versorgung des Kindergartens die 50%-Quote bereits heute. Geliefert werden die Speisen für den Piringsdorfer Nachwuchs vom biozertifizierten, ortsansässigen Gastro-Betrieb, dem Café - Restaurant Simperl. Darüber erfreut zeigt sich Landeshauptfrau-Stellvertreterin Astrid Eisenkopf: „Gemeinden und Kindergärten sind wichtige Partner bei der Bio-Wende. Ich freue mich, wenn viele Gemeinden dem Piringsdorfer Beispiel folgen.“*

70. Geburtstag von LH a.D. Hans Niessl

Wegbereiter des modernen Burgenlandes

Am 12. Juni feierte eine der schillerndsten politischen Persönlichkeiten des Burgenlandes seinen 70. Geburtstag. Hans Niessl war neben Theodor Kery der langdienendste Landeshauptmann des Burgenlandes. In seiner Ära ist das Burgenland zum Vorzeigebundesland Österreichs aufgestiegen, und das nicht ohne Grund, denn Niessl traf zum richtigen Zeitpunkt die richtigen Entscheidungen. „Hans Niessl war der Wegbereiter des modernen Burgenlandes. Ohne sein Zutun wären wir jetzt nicht dort, wo wir sind, nämlich bei Spitzenquoten in Beschäftigung, Wirtschaft, Energie, Bildung und Soziales. Spätestens seit Niessl redet keiner mehr über das rückständige Burgenland. Er hat auch die Ära eines selbstbewussten und autarken Landeshauptmannes gegenüber dem Bund eingeläutet“, so Landesgeschäftsführer Roland Fürst.
Der geborene Zurndorfer Niessl war die meiste Zeit seines Lebens in Frauenkirchen beheimatet. 1974 begann er als Lehrer an der Hauptschule Frauenkirchen, wurde 1981 Direktor der hiesigen Volksschule, bevor er 1993 zum Direktor der Hauptschule in Frauenkirchen ernannt wurde. Politisch setzte er bereits ab 1987 als Bürgermeister von Frauenkirchen Akzente. 1999 wurde er Klubobmann des SPÖ-Landtagsklubs und im Jahr 2000 schließlich Nachfolger des ausscheidenden Landeshauptmannes Karl Stix. Den Zenit seines politischen Erfolges erreichte er bei der Landtagswahl 2005, die ihm die bisher größte absolute Mehrheit im Burgenland bescherte. Nach 18 Jahren übergab Niessl im Februar 2019 sein Amt an Hans Peter Doskozil.

LH a.D. Hans Niessl Foto: SPÖ Burgenland

Landeshauptmann Hans Peter Doskozil mit Landtagspräsidentin Verena Dunst, LH a.D. Hans Niessl und LH a.D. Hans Sipötz bei der Festsitzung des bgld. Landtages Foto: LMS

Landtag feiert 100 Jahre Burgenland

LH Doskozil: „Die BurgenländerInnen waren es, die durch ihren Fleiß, ihre Mentalität und ihren starken Zusammenhalt unser Land, unsere Gemeinden und kleinen Ortschaften gemeinsam aus dem Nichts aufgebaut und den erfolgreichen burgenländischen Weg überhaupt erst ermöglicht haben.“

Mit einer Festsitzung des Burgenländischen Landtages haben die offiziellen Feierlichkeiten des Landes anlässlich der 100-jährigen Zugehörigkeit des Burgenlandes zu Österreich ihren ersten Höhepunkt erreicht. In der Festsitzung wurde an den Beschluss des ersten „Burgenland-Gesetzes“ vom 25. Jänner 1921 erinnert. Mit diesem Bundesverfassungsgesetz wurde erstmalig die Stellung des Burgenlandes als selbständiges und gleichberechtigtes Bundesland geregelt. Landeshauptmann Hans Peter Doskozil und Landtagspräsidentin Verena Dunst dankten den Burgenländerinnen und Burgenländern in ihren Ansprachen für ihren Einsatz beim Aufbau des Landes. Jonathan Dorner aus Wiesfleck sprach über seine Erfahrungen, die er im Rahmen des österreichischen Auslandsdienstes im Holocaust Museum in Los Angeles gesammelt hat.

Das Burgenland sei unter schwierigen Umständen gestartet und war geprägt von wirtschaftlicher Not und der Amerikawanderung. „Wenn man heute das Auswandermuseum in Güssing besucht, steht auf einem Türbogen `mit starkem Glauben und kräftiger Hand`. Das waren die Attribute dieses Beginns des Burgenlandes. Ein starker Glaube versehen mit unseren christlichen Werten sowie ein starker Glaube an die Chancen für dieses Land. Kräftige Hände – jeder wusste, es liegt an uns gemeinsam, dieses Land aufzubauen und mitanzupacken sowie für dieses Land einzustehen. Das sind bis heute die wesentlichen Eckpfeiler“, betonte Doskozil in seiner Ansprache.

Im heurigen Jubiläumsjahr sei es vor allem auch wichtig, die Burgenländerinnen und Burgenländer, die enorm zum Aufbau des Landes beigetragen haben, in den Mittelpunkt zu stellen. „Die BurgenländerInnen waren es, die durch ihren Fleiß, ihre Mentalität und ihren starken Zusammenhalt unser Land, unsere Gemeinden und kleinen Ortschaften gemeinsam aus dem Nichts aufgebaut und den erfolgreichen burgenländischen Weg überhaupt erst ermöglicht haben. Das bedeutet, dass die Burgenländerinnen und Burgenländer heute im Vordergrund stehen“, so Doskozil. Das heurige Jubiläumsjahr unter dem Motto ‚Wir sind 100‘ soll seitens des Landes Startschuss und Motivation zugleich sein, um Impulse und Initiativen zur positiven Weiterentwicklung in verschiedensten Bereichen – wie z.B. Beschäftigung, Soziales, Jugend, Kultur oder Bildung – zu setzen.

EU-Gemeindepartnerschaftsprogramm – jetzt Bewerbungsprojekte abgeben

Gemeindepartnerschaften werden weiterhin von der EU gefördert, seit Ende Mai kennt man auch die Anforderungen dafür. Europäische Werte und Grundrechte sind besonders zu beachten, Gemeinden müssen die Anträge professionell vorbereiten. Enttäuschend ist, dass es 2021 wohl nur Förderungen für winterliche Treffen gibt, erst 2022 wird es wieder eine „echte" Ausschreibung geben.

Laut Ausschreibung des Gemeindepartnerschaftsprogramms sollen die individuellen Partnerschaftsprojekte zur Stärkung europäischer Politikbereiche beitragen und müssen europäische Werte und Grundrechte respektieren. Als relevante Politikbereiche gelten: Europäischer Aktionsplan für Demokratie (Beteiligung an den Wahlen zum EU-Parlament), Verständnis der europäischen Grundrechtecharta stärken, EU-Romastrategie und Auftreten gegen Rassismus und Diskriminierung, Unionsbürgerschaftsbericht. Hier ist auf Gemeindeebene also ein gewisses Maß an Kreativität gefragt.
Wie schon in der Vergangenheit, unterteilt sich die Förderung in zwei Stränge: Punktuelle Gemeindepartnerschaften und längerfristig angelegte Gemeindenetzwerke.

Gemeindepartnerschaften

Die Förderung richtet sich an Gemeinden, die sich punktuell austauschen und treffen wollen, dabei aber auch die Programmprioritäten im Auge behalten müssen. Von den Anträgen wird eine weitere „Professionalisierung" erwartet, das Budget fällt mit 2,74 Millionen Euro wesentlich geringer aus als jenes für Netzwerke. Auch wenn das Kennenlernen anderer Kulturen und Sprachen sowie der Austausch über kommunale best-practices weiterhin im Vordergrund stehen, sind die Programmziele überwiegend europäisch. Anträge werden wohl nur dann erfolgreich sein, wenn eine ausreichende Auseinandersetzung mit zumindest einer der vier Prioritäten stattfindet:

- Europäisches Erbe und kulturelle Vielfalt,
- Europäische Integration im Geiste der Solidarität;
- Europäische Zukunftsdebatte;
- COVID-19 in den Gemeinden

Eckpfeiler für Partnerschaften sind die Teilnahme von mindestens zwei Gemeinden aus unterschiedlichen Staaten (EU und assoziierte Länder) sowie mindestens 50 Teilnehmer, davon mindestens 25 Gäste aus den Partnergemeinden. Die Laufzeit ist maximal zwölf Monate. Die Förderungen beträgt bis zu 30.000 Euro, berechnet wird eine Pauschale auf Grundlage der eingeladenen Teilnehmer

Partnerschaftsnetzwerke

Netzwerke sind finanziell mit 4,2 Millionen Euro ausgestattet. Die längere Laufzeit der Netzwerke bringt auch höhere Anforderungen. Neben dem gegenseitigen Kennenlernen und der Pflege kultureller Beziehungen sollen sich Gemeindenetzwerke ganz konkret mit Fragen der Zukunft Europas und der europäischen Demokratie auf Gemeindeebene auseinandersetzen. Themen und Prioritäten für Netzwerke sind:

- EU-Bürgerschaftsrechte;
- Auftreten gegen Diskriminierung und Rassismus;
- Einbeziehung von Minderheiten;
- Europäische Grundrechtecharta;
- COVID-19 in den Gemeinden;

Geförderte Aktivitäten

Geförderte Aktivitäten umfassen in beiden Fällen Seminare, Diskussionsveranstaltungen, Webinare, best-practice-Austausch, Expertengespräche, Konferenzen u.a. Der Fokus liegt auf Wissensvermittlung sowie sprachlichem und kulturellem Austausch. Wichtig ist die Einbeziehung möglichst unterschiedlicher Gruppen (Alter, Geschlecht, Beschäftigung), dies ist bei Antragstellung, über Anwesenheitslisten und im Abschlussbericht nachzuweisen.

Alle Anträge, sowohl für Gemeindepartnerschaften als auch für Netzwerke müssen bis spätestens 26. August elektronisch eingereicht werden. Die Evaluierung der Anträge findet im September und Oktober statt, erst im Dezember werden die Fördervereinbarungen unterschrieben. Nachträgliche Antragstellung für das erste Halbjahr 2021 ist nicht möglich, in begründeten Fällen kann es Förderungen für Aktivitäten nach dem 26. August geben.

Abwasserrichtlinie: Konsultation bis 21. Juli 2021

Auch die Richtlinie über kommunales Abwasser soll geändert werden. In Vorbereitung des für Anfang 2022 erwarteten Kommissionsvorschlags wird bis 21. Juli eine öffentliche Konsultation durchgeführt. Praktiker sind aufgerufen, sich daran zu beteiligen.

Die aktuelle Richtlinie ist mittlerweile 30 Jahre alt, eine im Vorjahr durchgeführte Evaluierung hat ihr dennoch ein gutes Zeugnis ausgesprochen. Die Konsultation soll jetzt dabei behilflich sein, Rückmeldungen von Praktikern in die Revision einfließen zu lassen, weshalb Wasserverbände explizit aufgerufen sind, sich zu beteiligen.

Revisionsbedarf sieht die Kommission bei den Regeln für Überläufe, individuelle Systeme, Gemeinden unter 2.000 Einwohnern sowie Berichterstattung und Überwachung. Auch neue Herausforderungen wie pharmazeutische Stoffe, Mikroplastik oder Energieeffizienz sowie der Grüne Deal werden angesprochen, wobei derartige Fragen sinnvoll nur von Experten beantwortet werden können.

Zwei Abschnitte der Konsultation wenden sich an die breite Öffentlichkeit und erst der letzte Abschnitt an Experten. In Österreich fand übrigens in Vorbereitung der Revision Anfang Juni ein von BMLRT und Umweltbundesamt organisierter Dialog mit Interessensgruppen und Experten statt.

„Victor Adler-Plakette“ für Günther Peischl: Mit 30. Juni 2021 legt Günther Peischl seine Funktion als Vizebürgermeister der Gemeinde Gerersdorf-Sulz zurück. Damit verbunden wird er auch aus dem Gemeinderat ausscheiden. Peischl ist seit 1992 Gemeinderat und seit 2006 Vizebürgermeister. Darüber hinaus stand er der Gerersdorfer Ortspartei von 1992-2006 vor und ist auch Mitglied des SPÖ-Bezirksparteivorstandes von Güssing. Grund genug, um ihn mit Ehrungen auszuzeichnen. Deshalb wurde ihm in der Gemeindeversammlung der SPÖ-Ortsparteien Gerersdorf-Sulz-Rehgraben eine der höchsten Auszeichnungen der österreichischen Sozialdemokratie zuteil. Von Landesrat Heinrich Dorner und LAbg. Wolfgang Sodl wurde ihm die „Victor Adler-Plakette“ verliehen.
Im Bild: Edmund Hafner, Roman Jandrisevits, Wolfgang Sodl, Günther Peischl. Heinrich Dorner und Mattias Hafner *Foto: Gemeinde Gerersdorf*

Bocksdorf: COVID-19- Testaktionen im Gemeindehaus

Viele burgenländische Gemeinden bieten helfen bei der Bewältigung der Pandemie mit und bieten CoV-19-Test an. Beispiel dafür ist die Gemeinde Bocksdorf, die Anfang Mai zum bereits zweiten Mal gratis zur „COVID-19 Antigentest-Aktion“ einlud. Durchgeführt wurden diese von Elisabeth Potzmann und ihrer Tochter Madeleine. Verwaltungstechnisch unterstützt wurden sie dabei von Bgm. Franz Pelzmann, Vzbgm. Christian Gröller, GR Manfred Maitz und Michael Pelzmann. Insgesamt nahmen 38 Personen das Angebot an – alle Tests fielen negativ aus. Bereits Ende März wurden bei einer Testaktion 60 COVID-Antigentests durchgeführt die alle ein negatives Ergebnis zur Folge hatten.

Christian Gröller, Madeleine und Elisabeth Potzmann sowie Michael Pelzmann halfen bei der CoV-19-Testaktion mit Foto: Bgm. Franz Pelzmann

I M P R E S S U M

Medieninhaber und Verleger:
Sozialdemokratischer Gemeindevertreterverband
Permayerstraße 2, 7000 Eisenstadt
www.gvvbgld.at
Redaktion: GVV Burgenland
Druck: Druckzentrum Eisenstadt, Graphische Werkstatt GmbH, Mattersburgerstr. 23c, 7000 Eisenstadt
P.b.b. Verlagspostamt: 7000 Eisenstadt
Zulassungsnummer: 02Z034036 M